

## BUNDESLÄNDER

## HAMBURG

## Blumen für den Kavalier

Es hätte ja sein können“, sprach Hamburgs Erster Bürgermeister Paul Nevermann, 63, und zog bedächtig an seiner schwarzen Tabakpfeife, „daß die Frau Lübke mir gegenüber reserviert gewesen wäre. Aber, Gott je, die war von einer Herzlichkeit!“

Der Freisinn, den das sonst um die Moral besorgte Ehepaar Lübke (Bundespräsident vor Kolpingssöhnen: „Denken Sie an den Verfall der guten Sitten“) bei der Hamburg-Visite der britischen Königin Elizabeth walten ließ, färbte nicht ab auf die sozialdemokratischen Parteifreunde Nevermanns. Sie ließen ihren in Eheschwierigkeiten geratenen Regierungschef von Hamburg



Ex-Regierungschef Nevermann  
„Herzlich, Gott je!“

letzte Woche fallen und nominierten einen Nachfolger: den jetzigen Finanzsenator Dr. Herbert Weichmann, 69.

SPD-Vize Herbert Wehner selber schickte einen warmherzigen Eilbrief an den Genossen Paul, um ihn zum Verzicht zu bewegen — ein neuer Schritt zur Gemeinsamkeit. Mit der CDU teilt die SPD nun auch Moralvorstellungen, die wie ein Mixtum aus Muckertum und Scheinheiligkeit anmuten.

Der Sozialdemokrat Nevermann, der sich von seiner Ehefrau Grete, 58, abgewandt hat und zu einer 42jährigen Industriellengattin hingezogen fühlt, handelte eigensinnig genug — indem er sich mit der Dame seiner neuen Wahl in der Senatsloge des Hamburger Schauspielhauses zeigte, trotz gelobter Zurückhaltung mit ihr nach Teneriffa in Urlaub fuhr und dadurch schließlich Protokoll-schwierigkeiten beim Königin-Besuch heraufbeschwor (SPIEGEL 23/1965).

Aber seine eigene Partei, besorgt um ihr noch junges Bürger-Renommee, schubste ihn mit in das Dilemma hinein.

Niemand, weder die CDU noch Hamburger Zeitungen, hätte an einem geschiedenen oder auch an einem Bürgermeister Anstoß genommen, der von seiner Frau getrennt lebt. Am Beispiel des Nürnberger Oberbürgermeisters Andreas Urschlechter (SPD) ist abzulesen, wie heute ein Großstadtpublikum (sogar in Bayern) auf die Privatangelegenheiten von Politikern reagiert: Urschlechter ist zum drittenmal verhehlicht, und trotzdem wählten die Nürnberger den Genossen mit der absoluten Mehrheit von 60 Prozent aller Stimmen.

In der Familie Nevermann waren bereits vor Monaten die Weichen für einen ähnlich klaren Kurs gestellt: Er hatte ein eigenes Appartement bezogen; sie wollte nicht mehr neben ihm als Erste Dame der Hansestadt fungieren.

Da waren es nach bürgerlicher Schein-Ehrbarkeit strebende SPD-Genossen, die aus Furcht vor Stimmenverlusten bei den Bundestagswahlen im Herbst das Ehepaar zu dem Kompromiß-Gebaren bewogen, das sich später als fatal erweisen sollte: Der Bürgermeister möge sich mit seiner Bekanntheit in der Öffentlichkeit Zurückhaltung auferlegen, die Bürgermeistersfrau möge dafür weiterhin als Landesmutter repräsentieren.

Der sozialdemokratisch inspirierte Burgfriede im Hause Nevermann war nur von kurzer Dauer. Als der Bürgermeister sich wiederum mit seiner neuen Bekanntheit in der Öffentlichkeit zeigte, war Frau Grete pikiert und sagte ihre protokollgemäße Teilnahme an den Feierlichkeiten zu Ehren der britischen Königin ab.

Der Eklat war da, und nun nahmen sich auch die bis dahin zurückhaltenden Hamburger Blätter des Falles an — aber mit vorerst noch vorsichtig-vagen Formulierungen wie „Unstimmigkeiten in der Ehe des Ersten Bürgermeisters“ („Die Welt“). Und erneut war es die Partei des Bürgermeisters, die das Tempo verschärfte. Die Hamburger SPD heizte jetzt die Affäre nachgerade zur „Staatskrise“ („FAZ“) auf, indem sie in einem Teil des Vorstands den Rücktritt Paul Nevermanns diskutierte.

Das hätte die SPD, wenn schon, dann früher tun müssen. Statt dessen versuchte sie jetzt wiederum, einen knauerigen Kompromiß zu fertigen. In einer viereinhalbstündigen Vorstandssitzung am letzten Dienstag legten die Genossen ihrem Bürgermeister nahe, er dürfe im Amt bleiben, falls er verspreche, die Beziehungen zu der von ihm geschätzten Dame vorerst einfrieren zu lassen und fürderhin keinen Anlaß zu unliebsamer Berichterstattung mehr zu geben.

„Wie mit dem Rechenschieber rechneten sie sich aus, ob wir vier oder nur drei Prozent Stimmenzuwachs bekommen würden“, berichtete Nevermann dem SPIEGEL.

Zu einem klaren Entschluß brauchte sich der SPD-Vorstand, der sich „kein Ruhmesblatt“ („Mannheimer Morgen“) erwarb, nicht mehr durchzuringen. Paul Nevermann, der sich vom Schlosser in Abendkursen zum Abitur und schließ-

besser gewesen, zu sagen: Bitte, redet doch mit uns!

**BRENNER:** Ich weiß es nicht. Dann wäre es jedenfalls in der Öffentlichkeit so dargestellt worden, als arbeiteten die Gewerkschaften an der Notstandsgesetzgebung mit. Wie wollen sie dann ihr Nein noch aufrechterhalten können?

**SPIEGEL:** Halten Sie diese Politik der Nichtbeteiligung nach wie vor für richtig?

**BRENNER:** Sie meinen, wenn man damit rechnen muß, daß es sowieso kommt und nicht abwendbar ist, ob es dann nicht besser ist, den Einfluß in die Waagschale zu werfen, um schlimmere Auswirkungen zu verhindern? Das könnte natürlich für einzelne Dinge zutreffen, aber für die Frage der Grundgesetzänderung auf keinen Fall.

**SPIEGEL:** Welche Gründe stecken nach Ihrer Ansicht hinter der Eile, mit der man jetzt noch kurz vor den Wahlen die Notstandsgesetzgebung abschließen wollte, an der schon seit mehr als acht Jahren, als Schröder noch Innenminister war, gearbeitet wird?

**BRENNER:** Es gibt keinen plausiblen Grund dafür. Man kann nur Vermutungen anstellen: Vervollständigung der militaristischen Apparatur, das Operieren mit möglichen Krisensituationen, das wenig Vertrauen zur sozialen Marktwirtschaft und ihren Erfolgen verrät. Vielleicht auch Angst davor, daß die Arbeitnehmerorganisationen zu stark werden könnten. Jedenfalls hat Schröder, als man ihn einmal fragte, wozu man eigentlich eine Notstandsgesetzgebung braucht, auf den Gewerkschaftstag der IG Metall in Nürnberg, 1958, verwiesen und gesagt: „Wenn der Brenner solche Reden hält...“\*

**SPIEGEL:** Glauben Sie, daß hinter solchen Bemerkungen der Einfluß der Unternehmer steht?

**BRENNER:** Es gibt da eine Äußerung von Herrn Paulssen, die man zitieren könnte. Vor Kieler Studenten erklärte er 1962 auf die Frage, warum denn die Unternehmer überhaupt immer so nachgiebig wären gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen: Das müssen wir eben, solange es keine Notstandsgesetze gibt. Da sind wir denen wehrlos ausgehert, bei dieser Situation auf dem Arbeitsmarkt.

**SPIEGEL:** Sehen Sie eine Gefahr, daß es in unserer Industriegesellschaft in absehbarer Zeit zu Krisenerscheinungen kommen könnte, die unter den Begriff „innerer Notstand“ fallen würden?

**BRENNER:** Bis jetzt gibt es keinerlei Anzeichen dafür, zumindest nicht in der Entwicklung der Bundesrepublik. Ich glaube vielmehr, daß mit der Erschließung immer größerer Wirtschaftsräume, zum Beispiel der EWG, sich für Europa und für die Bundesrepublik, die im Herzen Europas liegt, die Verhältnisse, wirtschaftlich betrachtet, einigermaßen stabil gestalten werden und daß so bessere Voraussetzungen für eine soziale Befriedung entstehen.

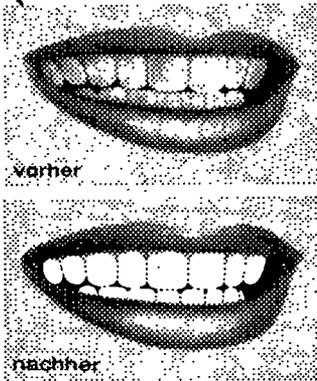
**SPIEGEL:** Sie halten also die Notstandsdiskussion für theoretisch?

**BRENNER:** Ja, das ist sie.

\* In dieser Rede sprach Brenner vom Fortbestand der Klassengesellschaft und erklärte, man könne eine immer stärkere Verfilzung wirtschaftlicher Machtgruppen mit dem Staatsapparat feststellen.

**Raucherzähne?**

**Tun Sie noch heute etwas dagegen!**

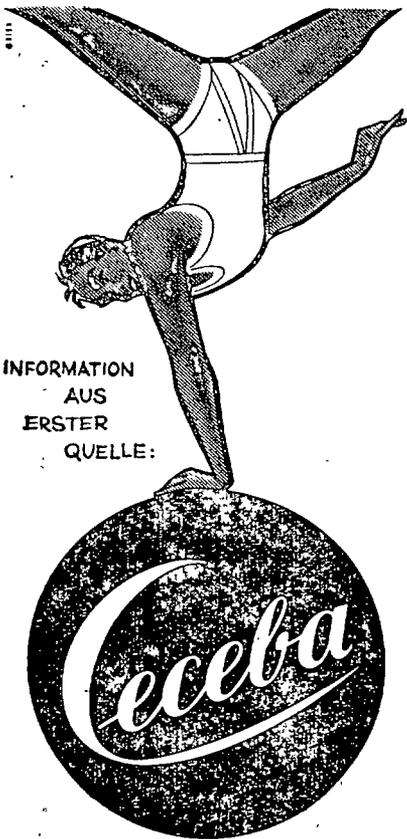


**settima hilft sofort**

settima 1 bis 2 x wöchentlich angewandt — zusätzlich zu der üblichen Zahnpflege — beseitigt häßlichen Zahnbelag und verhindert die Zahnsteinbildung.

**settima...**

zauberhaft weiße Zähne!



INFORMATION  
AUS  
ERSTER  
QUELLE:

**SITZT!**

Die Wäsche mit dem Sitz führen gepflegte Fachabteilungen auch in Selbstbedienung. Merken Sie sich die leuchtende, orangefarbene Packung mit dem Handstand! Adr. von Ceceba, 746 Bollingen (Württ.) Ruf 074 33-71 41/42

lich zum Dr. jur. emporgearbeitet hatte und seit zwanzig Jahren eine zwar farblose, aber makellose Figur in der Hamburger Landespolitik abgab, setzte dem Feilschen ein Ende.

Hamburgs „bekanntester“ Bürger — er rangiert in einer Umfrage noch vor Kicker Uwe („Uns Uwe“) Seeler — gab sich selber den Abschied. „Eine Entscheidung auf Zeit“, sagte er, „wäre eine Demütigung der betreffenden Frau gewesen.“

Die Hamburger schätzten den Kavaliere: Sie schickten ihm Ergebenheitsadressen ins Rathaus. Am Tage nach seiner Rücktrittserklärung war sein Amtszimmer voller Blumen.

**RUHR**

**KOHLLENKRISE**

**Wahrheit vom Pastor**

Fast beiläufig legte Montan-Manager Werner („Kohlepastor“) Söhngen, 58, seine Mine: Der Chef des Rhein Stahl-Konzerns will Westdeutschlands Kohlenzechen unter Bonner Kuratel stellen.

In einer Bilanzbesprechung in Essen am vergangenen Montag hatte Söhngen vor Journalisten zunächst wieder einmal die traurige Lage der westdeutschen Zechen zwischen steigenden Kosten und sinkendem Absatz geschildert. Nur noch Bonner Subventionen könnten helfen.

Dann kam es: „Wenn man sich mit der praktischen Verwirklichung einer Subventionierung der Kosten befaßt, dann bleibt unseres Erachtens nur die Bildung einer Bergbau-Einheitsgesellschaft auf privatwirtschaftlicher Basis übrig. Sie zu verwirklichen bedarf gesetzgeberischer Maßnahmen.“

Einziger Ausweg aus der deutschen Kohlenmisere ist mithin, laut Söhngen, die Zwangsfusion aller Zechengesellschaften, von Bonn dekretiert und dann mit Staatsgeldern durchgepöppelt.

„Paukenschlag zur Energiepolitik“ stand in der „Welt“. Und die „Frankfurter Allgemeine“ fragte erschrocken: „Ist der Steinkohlenbergbau wirklich am Ende?“

Es schien so, und Werner Söhngen machte kein Hehl daraus. In den ersten vier Monaten dieses Jahres seien die Halden unverkaufter Kohle von 7,8 Millionen auf 13,2 Millionen Tonnen gewachsen, am Jahresende würden es 17 bis 18 Millionen sein. Die Preiserhöhung vom Januar habe sich als „glatte Illusion“ erwiesen. Die Kohle müsse vielmehr billiger statt teurer werden.

Einmal in Fahrt, brach der Kohlepastor eines der heiligsten Tabus der Energiepolitiker an Rhein und Ruhr. Er bezeichnete den Absatz von jährlich 140 Millionen Tonnen Kohle, vom Unternehmensverband Ruhrbergbau seit langem zum lebensnotwendigen Minimum erklärt und von Ludwig Erhard feierlich garantiert, ebenfalls als Illusion.

Auf Söhngens Enthüllungsnummer reagierte nur die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, die seit je die Kohlenzechen unter Bonns Fittiche bringen möchte, mit Beifall: Sie sei erfreut, „daß nunmehr auch bei den Unternehmern die Einsicht wächst, es



Rhein Stahl-Chef Söhngen Zechen unter Kuratel

könne nicht mehr, wie bisher weitergehen.“

Der Unternehmensverband Ruhrbergbau hingegen war lediglich bereit, den Plan einer Einheitsgesellschaft „interessant“ zu finden. Die Presseabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums verlaublich: „Dieser Vorschlag wird, wie alle Vorschläge, intensiv geprüft.“

Tatsächlich muß es der Bundesregierung Schrecken bereiten, wenn ausgerechnet im Wahljahr die Kohlen-Wahrheit ans Licht kommt: daß nämlich alle Bonner Energiepolitik doch nur bei einer verschleierte Verstaatlichung des Bergbaus enden kann.

Auch Söhngens Konstruktion ist allenfalls einen halben Schritt vom Staatsbergbau entfernt. Der Bund soll das Defizit ausgleichen und darüber hinaus dafür sorgen, daß die im Einheitskonzern vertretenen Zechenbesitzer trotz roter Zahlen eine Art Staatsrente erhalten. Söhngen: „Auf den Zins hat jeder Anspruch.“

Obwohl Bonn und die Ruhr zu Söhngens Herausforderung schwiegen, waren sie keineswegs davon überrascht worden. Der Rhein Stahl-Chef hatte schon früher solche Gedanken privat geäußert, und er war damit nicht der einzige.

Auch in einem nicht veröffentlichten Memorandum der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie (Chef: Thyssen-Generaldirektor Hans-Günther Sohl), das im März verfaßt wurde und bei den Montan-Vorständen an der Ruhr umläuft, heißt es: „Es wäre zu überlegen, ob nicht alle Hüttenwerke, die eigene Zechen besitzen... ihre Zechen in eine gemeinsame Gesellschaft einbringen, damit dieses Gemeinschaftsunternehmen sich stärker als bisher auf die Förderung von Kokskohle konzentrieren kann und andere Kohlenarten nur noch dann fördert, wenn sie... zwangsläufig bei der Förderung von Kokskohle anfallen.“

Damit war zugleich der Hauptgrund für die Konzentration genannt: Rationalisierung. Die meisten Zechengesellschaften haben trotz staatlicher Zuwen-